



Das Referendumskomitee präsentierte gestern seine Argumente gegen den Schulhaus-Verkauf. Bild: mfi



Am 9. Februar fällt die Entscheidung über den Verkauf des Oberstufenzentrums. Bild: nbo (3.3.2017)

«Schulhaus soll dem Tal erhalten bleiben»

Das Referendumskomitee sieht in einer gemeinsamen Primarschule im Oberstufenzentrum Fischingertal viele Vorteile für die Zukunft.

Marc Fischer

Der Abstimmungskampf zur Referendumsabstimmung zum Verkauf des Oberstufenzentrums Fischingertal (OSZF) in Mumpf an die Stiftung MBF läuft. Der Schulverband OSZF und die Stiftung MBF haben sich auf einen Kaufpreis von 9,3 Millionen Franken geeinigt. Die Stiftung will im ehemaligen Oberstufenschulhaus ab 2021 die Heilpädagogische Schule Fricktal einrichten.

Gegen den Verkauf wurde allerdings erfolgreich das Referendum ergriffen. Am 9. Februar entscheiden deshalb die Stimmberechtigten der vier OSZF-Verbandsgemeinden Mumpf, Obermumpf, Schupfart und Wallbach, ob der Verkauf an die Stiftung MBF erfolgen kann (die

AZ berichtete). «Das Referendum ist nicht gegen die Stiftung MBF gerichtet», betonte das Referendumskomitee bestehend aus Hanspeter Zingg, Dominik Patrino, Angelo Tancredi, Rolf Stampfli und Gerhard Trottmann gestern an seiner Medienorientierung. «Wir wollen, dass das ehemalige Oberstufenzentrum dem Fischingertal als gemeinsame, zentrale Primarschule erhalten bleibt.»

«Wallbach müsste ausbezahlt werden»

Dazu solle der Primarschulverband Fischingertal – ihm gehören nur die Gemeinden Mumpf, Obermumpf und Schupfart an – das Oberstufenzentrum übernehmen, so Hanspeter Zingg. «Die Gemeinde Wallbach müsste dann ausbezahlt werden.»

Das Schulhaus sei topmodern und übertreffe die Anforderungen, die der Lehrplan 21 stelle. So seien etwa Gruppenräume vorhanden und es bestehe dank Küche und Speiseraum die Möglichkeit, Tagesstrukturen einzurichten. «Wenn wir das Schulhaus als gemeinsame Primarschule nützen, sind wir für allfällige Veränderungen in der Zukunft gewappnet», ist Hanspeter Zingg überzeugt.

Weiter biete eine zentrale Primarschule den Schülern Kontinuität. «Sie könnten dann sechs Jahre im gleichen Schulhaus unterrichtet werden», so Zingg. Ein Neubau einer gemeinsamen Primarschule in Obermumpf, der derzeit in den sozialen Medien ins Gespräch gebracht werde, komme für das Referendumskomitee nicht in

Frage. «Das würde Zeit und Geld kosten», so Dominik Patrino. Und Angelo Tancredi ergänzte: «Fakt ist, im ehemaligen Oberstufenzentrum könnte man sofort einziehen und loslegen.» Bei dieser Argumentation blicke man auch nicht durch die Mumpfer Brille, so das Referendumskomitee. «Wir würden genauso argumentieren, wenn das bestehende OSZF-Schulhaus in Schupfart stünde.»

Nur noch zwei Schuljahre im Wohnort?

Auch die Lehrerschaft des Primarschulverbands befürworte einen einzigen Primarschulstandort, um als Team und nicht mehr als Einzelkämpfer agieren zu können, so das Referendumskomitee. Das habe eine Umfrage 2019 gezeigt. «Doch leider wur-

de die Stellungnahme der Lehrkräfte der Öffentlichkeit nur zur Einsicht freigegeben», so Zingg.

Die aktuellen Planungen liefern dagegen in eine andere Richtung, so das Referendumskomitee. «Der Primarschulverband hat beschlossen, auf das kommende Schuljahr hin Stufenschulhäuser einzuführen.» Das bedeute, dass künftig die 1. und 2. Klasse in Obermumpf, die 3. und 4. Klasse in Schupfart und die 5. und 6. Klasse in Mumpf unterrichtet werden. «Die Schüler würden kreuz und quer hin- und hertransportiert und würden nur zwei Jahre in ihrer Wohngemeinde unterrichtet», so Zingg.

Kommuniziert worden sei dieser Beschluss noch nicht, führte Dominik Patrino aus. «Ich bin aber sicher, dass Befür-

worter des Verkaufs an die Stiftung MBF ihre Haltung hinterfragen werden, wenn sie wissen, dass die Stufenbeschulung eingeführt wird.»

Auf Anfrage der AZ widerspricht René Heiz, Co-Präsident des OSZF-Schulverbands und Ammann in Schupfart, dieser Darstellung. «Eine definitive Entscheidung ist nicht gefallen», so Heiz. Die Kreisschulpflege werde demnächst tagen. Die Stufenbeschulung sei eine Option, räumt er weiter ein, und sie mache in seinen Augen auch Sinn.

Am kommenden Samstag, 18. Januar, werden der Schulverband OSZF und das Referendumskomitee den Abstimmungskampf weiterführen. Um 9.30 Uhr findet in der Aula des OSZF eine Podiumsdiskussion mit Fragerunde statt.

Digitalisierte Prozesse als Standortvorteil

E-Government soll für Fricktaler Gemeindeverwaltungen Usus werden, hiess es im Gemeindeforum des Planungsverbands Fricktal Regio.

Digitale Strategien, Organisationen und Ressourcen sind für Städte wie Zürich, Bern und Luzern, die Kantone und den Bund schon länger Thema. Am ersten Seminarmorgen des diesjährigen Gemeindeforums wollte man auch die Gemeindevertreter für die Vorteile der digitalisierten Verwaltung sensibilisieren.

«Im Internet geht es um Daten und Kommunikation», sagte Markus Krack, der erste Referent von gestern Morgen. Um die Digitalisierung, die Prozessschritte einsparen lässt, nutzen zu können, müsse man die Prozesse sehr gut kennen. Die Digitalisierung sei das Ende unseres Föderalismus. «Routinetätigkeiten kann man getrost dem Computer übergeben.» So liessen sich etwa Steuerhinterzieher anhand von Musterverbindungen, sprich Algorithmen, eruieren. Der Dozent für Wirtschaftsinformatik und Maschinenbau an der Fachhoch-

schule Nordwestschweiz sprach von einer veränderten Gesellschaft, in welcher der Mensch vom Bediener zum Gestalter werde.

Dank Digitalisierung ein realer Mehrwert?

Es folgte ein Input von Gérald Strub, seit 20 Jahren im Gemeinderat Boniswil und Inhaber der Firma für Organisations- und Prozessberatung Strub Partner AG. Er vertrat gestern die Arbeit der Fachstelle E-Government Aargau, die Rahmenbedingungen, sprich Strukturen und Vorgehenspläne für digitale Gemeindeverwaltungen erstellt.

Mit einem digitalen Wohlfühlbarometer mussten die 90 Gemeindevertreterinnen und -vertreter ihre Haltung zum Thema Digitalisierung in Gemeindeverwaltungen, die unmittelbar auf der Leinwand publiziert wurden, preisgeben. «Digitalisierte Prozesse verhel-



90 Gemeindevertreter informierten sich über Digitalisierung. Bild: cwv

fen zu einem Standortvorteil», war Strub überzeugt und nannte elektronische Prozesse wie den E-Umzug. «Schon 30 Prozent der Umzüge heute sind digital. Der Service hat sich, gemessen an den Kosten, bestens bewährt.»

Im Referat der ehemaligen SP-Ständerätin Pascale Bruderer erklärte die Teilhaberin und exekutive Verwaltungsrätin des fünfjährigen Start-ups «Crossiety» die gleichnamige Kommunikationsapp. Das digitale Dorf soll das lokale Zusam-

menleben und das Engagement im Dorf fördern. Die Daten würden zwar nicht verwertet, jedoch überwacht. «Gelöscht werden beispielsweise Beiträge von Wutbürgern, die mit rassistischen Kommentaren auffallen.» Föderalismus sei wichtig und die Digitalisierung sollte einen realen Mehrwert generieren, betonte die ehemalige Politikerin. Sie erwähnte 50 Schweizer Gemeinden und Städte sowie Städte in Deutschland, welche die App schon nutzten. Anstatt mittels mehrerer Kanäle wie Whatsapp und Facebook zu kommunizieren, die Daten weiterverkauften, sollten Behörden, Vereine und Bürger nur noch via «Crossiety» kommunizieren. «Je mehr sich eine Gemeindeverwaltung auf «Crossiety» zeigt, desto mehr nutzen sie auch die Bewohner», ist Bruderer überzeugt.

Es folgten Inputs zu Digitalstrategien für Gemeinden von Gérald Strub, Manuel Bruder

und Andreas Schmid, alle drei Mitarbeiter bei E-Government Aargau. Im Gegensatz zu Bruderer teilt Gérald Strub die Meinung des Ingenieurs Markus Krack, dass Digitalisierung und Föderalismus nicht Hand in Hand gehen könnten. Gérald Strub suchte im Publikum nach «Public Innovators», deren Wissen es zu sammeln und in Form von Daten und Algorithmen in den Computer einzugeben gilt. «Die föderalen Ebenen müssen aufgebrochen werden. Die Exekutive und das Verwaltungskader sollten als Vorbilder dienen und sich mit der digitalen Transformation auseinandersetzen.» Andreas Schmid zeigte den Sinn für digitale Prozesse beim Wasserzähler und beim Sammeln von Sozialhilfedaten auf.

Es wird sich zeigen, wie viele Gemeinden sich sowohl E-Government als auch «Crossiety» finanziell leisten.

Clara Rohr-Willers